

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Die europafreundlichen Deutschen

Repräsentative Umfrage zu Einstellungen zu Europa in der deutschen Bevölkerung

Viola Neu

- › Die Deutschen gelten traditionell als europafreundlich. Dies spiegelt sich in einer grundsätzlichen Unterstützung der EU wider. So sagen drei Viertel, dass die Mitgliedschaft in der EU eine gute Sache ist.
- › Ein Austritt aus der EU ist kein Thema. 87 Prozent möchten die Mitgliedschaft in der EU fortsetzen.
- › Mit 22 Prozent liegt die Union bei der Frage, welche Partei am besten geeignet ist, die anstehenden Probleme zu lösen, vorn. Allen anderen Parteien werden deutlich geringere Kompetenzwerte zugeschrieben.
- › Nur absolute Minderheiten von unter 10 Prozent möchten nicht, dass sich die EU um die Themen Wirtschaft, Klimaschutz, Verteidigung sowie Einwanderung und Flüchtlinge kümmert.
- › Die Anhängerschaft der AfD ist in der Frage nach dem Verbleib Deutschlands in der EU gespalten. 52 Prozent sind für den Verbleib, 42 Prozent für einen Austritt. Alle anderen Anhängerschaften stehen fast geschlossen hinter dem Verbleib Deutschlands in der EU.

Inhaltsverzeichnis

Europawahlen	3
Die Studie	3
Das Meinungsklima	3
Union: Die Europapartei	6
Europafreundliche Deutsche	8
Images der Europäischen Union	12
Die Aufgaben der Europäischen Union	18
Zusammenfassung	23
Literatur	24
Impressum	26
Die Autorin	26

Europawahlen

Für die Wahlen zum Europäischen Parlament hat sich seit der ersten Wahl 1979 in der Politikwissenschaft der Begriff der „nationalen Nebenwahl“ (Neu 2019, 2014, 2009, 2004, Kaeding 2020) eingebürgert. Doch zeigte sich bei der Wahl 2019, dass dies, zumindest bei dieser Wahl, keine maßgebliche Rolle spielte und die europäische Ebene in den Mittelpunkt rückte. Das höfliche Desinteresse und die Gleichgültigkeit befanden sich auf einem niedrigen Niveau. Die grundsätzlich starke Europafreundlichkeit der Deutschen war geblieben, allerdings auch die Experimentierfreude, bei der Wahl kleine Parteien zu wählen, von denen einige auch Sitze im Parlament gewonnen haben, da die Sperrklausel entfallen war. Beim Wahlergebnis der letzten Europawahl 2019 blieben das schlechte Abschneiden der SPD (15,8 Prozent bei Verlusten von 11,4 Punkten) und der Union (28,9 Prozent bei Verlusten von 6,5 Punkten) sowie das gute Abschneiden der Grünen mit 20,5 Prozent (+9,8 Punkte) in Erinnerung. Das ist bis heute das beste Ergebnis der Grünen bei einer bundesweiten Abstimmung. Die AfD kam mit einem Plus von 3,9 Punkten auf 11,0 Prozent. Von den kleinen Parteien zogen DIE PARTEI, die Freien Wähler, die Familienpartei, die Piraten, die ÖDP, die Tierschutzpartei und Volt ins Parlament ein. Bemerkenswert war auch der Anstieg der Wahlbeteiligung von 48,1 Prozent auf 61,4 Prozent.

Mit dieser Umfrage soll die Stimmung vor der Europawahl 2024 gemessen werden. Wie sich die Stimmung bis zur Europawahl am 9. Juni 2024 noch verändern wird, ist offen. Die EU steht angesichts der Flüchtlingspolitik, den Belastungen durch den kriegerischen Angriff Russlands auf die Ukraine, den Entwicklungen in Nahost sowie den Herausforderungen durch den Klimaschutz und womöglich durch Themen, die wir heute noch nicht kennen, immens unter Druck. Das Stimmungsbild der Deutschen gegenüber der EU steht im Mittelpunkt der Studie.

Die Studie

Im Zentrum der Studie steht eine repräsentative, telefonische Umfrage unter der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahren. Vom 20. Juni 2023 bis 4. September 2023 befragte das Meinungsforschungsinstitut USUMA GmbH¹ im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung insgesamt 4.010 Personen (KAS-Umfrage 1048). Die Personen wurden über zufällig generierte Telefonnummern (50 Prozent Festnetz/50 Prozent Mobilfunk) kontaktiert und telefonisch befragt. Die Auswahl erfolgte durch zufällig generierte Telefonnummern nach dem ADM-Verfahren (Häder und Sand 2019). Die Stichprobe wurde so angelegt, dass in den neuen Bundesländern (inklusive Berlin) 1.506 und in den alten Bundesländern 2.504 Interviews geführt wurden. Für die Auswertung werden die Daten gewichtet, um die Überrepräsentation der neuen Bundesländer, unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeiten und Verschiebungen nach sozialstrukturellen Merkmalen auszugleichen. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die in Deutschland in Privathaushalten lebende, deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren. Bei der Europawahl 2024 liegt das Mindestalter für das aktive Wahlrecht bei 16 Jahren.

Das Meinungsklima

Jeden Tag wird eine Vielzahl von Umfrageergebnissen publiziert und diskutiert, wodurch besonders die Sonntagsfrage politische Diskurse mit formt. Dass es dabei Umfragen mit mehr und Umfragen mit weniger belastbaren Daten gibt, ist hier nicht Gegenstand der Studie (Pokorny/Roose 2020).

Bei den publizierten Ergebnissen werden zumeist nicht die in Umfragen gemessenen Daten veröffentlicht, sondern sogenannte gewichtete Daten. Die Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung werden gewichtet nach der Auswahlwahrscheinlichkeit des Befragten (manche sind z.B. über mehrere Telefonnummern erreichbar und können mit einer höheren Wahrscheinlichkeit angerufen werden als jemand, der nur eine Telefonnummer hat), nach sozialstrukturellen Merkmalen oder um Überquoten auszugleichen. Diese Gewichtungen verbessern die Datenqualität. In der Regel weichen die auf diese Weise gewichteten und ungewichteten Daten nur geringfügig voneinander ab.

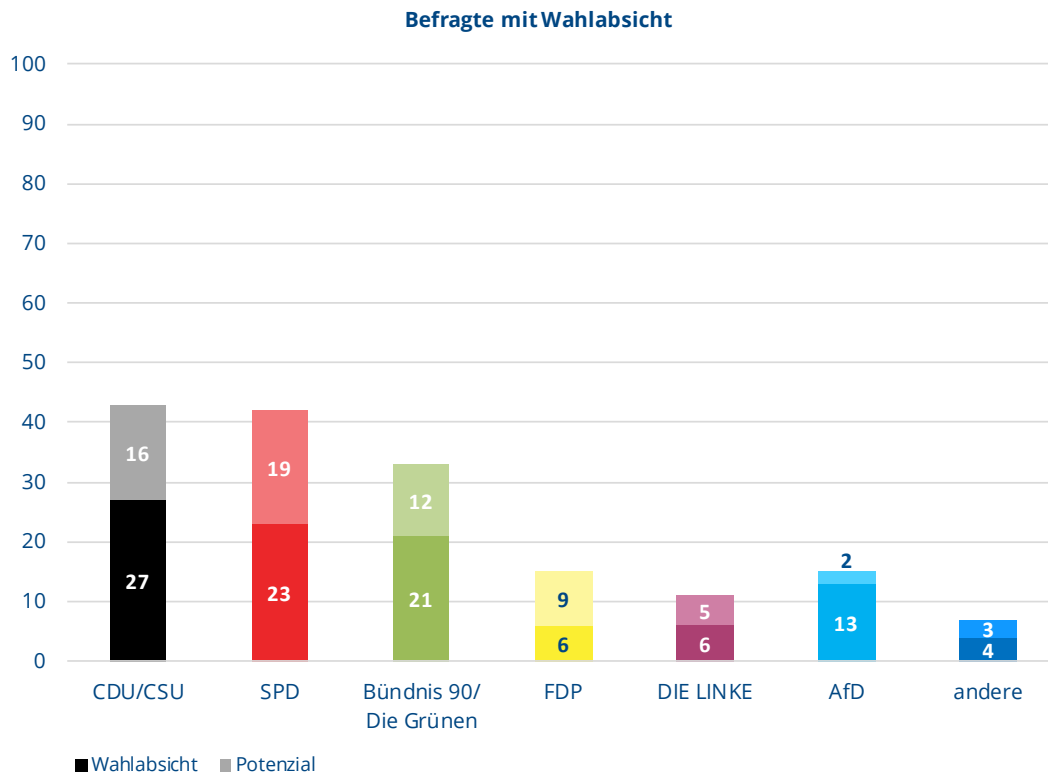
Es gibt darüber hinaus die sogenannte politische Gewichtung. Hier fließen Erfahrungen der Institute ein, wieweit die gemessenen Rohdaten z.B. in der Sonntagsfrage von einem Wahlergebnis abweichen können. Im Unterschied zu allen anderen Instituten macht die Forschungsgruppe Wahlen dankenswerterweise die politische Gewichtung transparent, indem sie sowohl die politische Stimmung (gewichtet nach Auswahlwahrscheinlichkeit und sozialstrukturellen Merkmalen) als auch die Projektion (zusätzlich politisch gewichtete Daten) publiziert. Über die Veränderung der Daten schreibt sie in jedem Politbarometer: „Wenn jedoch am nächsten Sonntag wirklich Bundestagswahl wäre, würden längerfristige Grundüberzeugungen und taktische Überlegungen das Wahlverhalten stärker beeinflussen, als es in der augenblicklichen Stimmung zum Ausdruck kommt. Dem trägt unsere Projektion Rechnung.“ Die Veränderung durch die Gewichtung der Daten ist vor allem bei der AfD und den Grünen sichtbar. Während die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen in telefonischen Umfragen überrepräsentiert werden, werden die Daten der Grünen „heruntergewichtet“. Der Spott lautete in der Vergangenheit, dass die Grünen Umfragegewinner seien. In dem Zeitraum der Europaumfrage von Juni bis September 2023 veröffentlichte die Forschungsgruppe Wahlen im Politbarometer für die Grünen eine politische Stimmung, die sich zwischen 20 und 23 Prozent bewegte. In der Projektion der Forschungsgruppe Wahlen lagen die Grünen zwischen 15 und 16 Prozent. Umgekehrt verhält es sich mit der AfD. Von deren Anhängerinnen und Anhängern ist bekannt, dass sie in Online-Umfragen überrepräsentiert und in telefonischen Umfragen unterrepräsentiert sind. Im Fall der AfD wurden von der Forschungsgruppe Wahlen 15 und 16 Prozent in diesem Zeitraum gemessen, in der Projektion wurden zwischen 19 und 21 Prozent angegeben.

Da die Daten der Konrad-Adenauer-Stiftung nicht politisch gewichtet sind, stehen sie eher in Bezug zu der politischen Stimmung der Forschungsgruppe Wahlen. Aber allein aufgrund des unterschiedlichen Befragungszeitraums weichen die Daten voneinander ab.

Seit 2021 werden Daten zur Potenzialmessung der Wahlberechtigten publiziert (Neu 2021, Neu/Pokorny 2021). Hierzu werden zwei Fragen miteinander kombiniert: Zum einen die klassische Sonntagsfrage („Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“), zum anderen wurde bei denjenigen, die eine Partei genannt haben, nachgefragt, ob sie sich vorstellen könnten, auch eine andere Partei zu wählen.

Dabei zeigt sich, dass alle Parteien (außer der AfD) noch über erhebliche Potenziale verfügen. Würde es gelingen, die Potenziale voll auszuschöpfen, könnte die Union 43 Prozent der Wahlberechtigten erreichen, die SPD 42 Prozent, die Grünen 33 Prozent, die FDP 15 Prozent, die Linke 11 Prozent und die AfD 15 Prozent.

Abbildung 1: Wahlabsicht und Potenzial



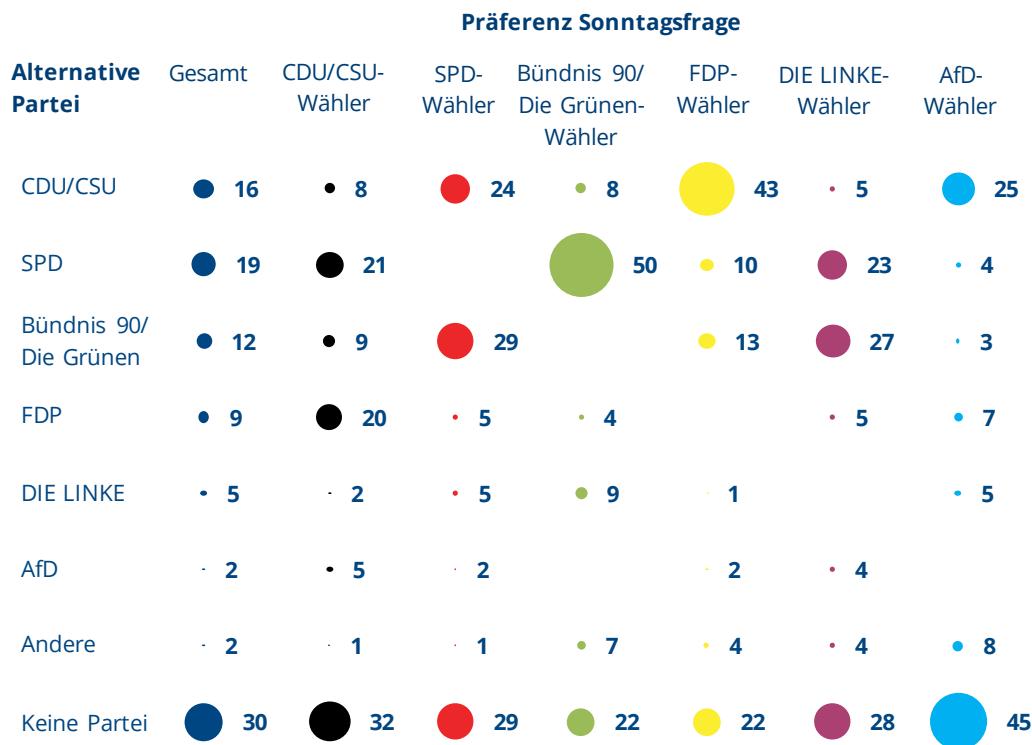
Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre? (bezogen auf die Zweitstimme).“

„Könnten Sie sich vorstellen, gegebenenfalls auch eine andere Partei zu wählen? Wenn ja, welche?“

Wir gehen davon aus, dass diejenigen, die in beiden Fragen die gleiche Partei nennen, fester an eine Partei gebunden sind als Wahlberechtigte, die mehr als eine Partei benennen. Daher lohnt zunächst der Blick auf diejenigen Anhängerinnen und Anhänger der Parteien, die keine alternative Partei nennen. Wie bereits in früheren Umfragen der Konrad-Adenauer-Stiftung fällt vor allem die Anhängerschaft der AfD auf (Neu/Pokorny 2021). Der Anteil der potenziellen Wechselwählerinnen und Wechselwähler ist mit 45 Prozent unterdurchschnittlich stark ausgeprägt. Bei allen anderen Parteien bewegt sich der Anteil derjenigen, die sich aktuell nur vorstellen können, eine Partei zu wählen, zwischen 22 Prozent (FDP) und 32 Prozent (Union). Insgesamt können sich 30 Prozent nicht vorstellen, eine andere Partei zu wählen, d.h. 70 Prozent derjenigen, die eine Wahlpräferenz nennen, können sich grundsätzlich vorstellen, auch eine andere Partei zu unterstützen.

Abbildung 2: Wahlabsicht und alternative Wahlabsicht



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe/keine Zweitpräferenz“.

Frage: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?“ (bezogen auf die Zweitstimme)

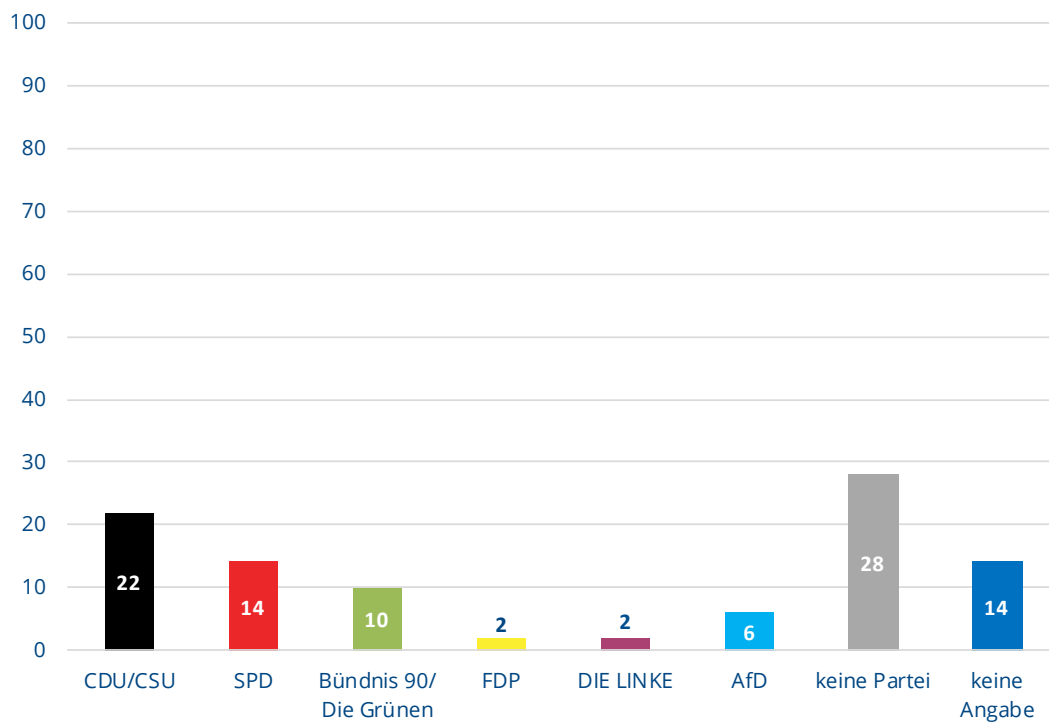
„Könnten Sie sich vorstellen, gegebenenfalls auch eine andere Partei zu wählen? Wenn ja, welche?“

Union: Die Europapartei

Mit 22 Prozent liegt die Union bei der Frage, welche Partei am besten geeignet ist, die anstehenden Probleme zu lösen, vorn. Allen anderen Parteien werden deutlich geringere Kompetenzwerte zugeschrieben. Die SPD wird von 14 Prozent genannt, die Grünen von 10 Prozent. Alle anderen Parteien erhalten einstellige Nennungen.

Im Vergleich zu 2018 fallen die Unterschiede verhältnismäßig gering aus (Roose 2019). 29 Prozent nannten 2018 die Union als die Partei, die am ehesten die Probleme in Europa lösen kann (-7 Punkte). Die SPD gewinnt vier Punkte hinzu (2018: 10 Prozent). Bei den Grünen ergeben sich keine Veränderungen. Auf sehr niedrigem Niveau gewinnt die AfD leicht hinzu (von 3 auf 6 Prozent). Gewachsen ist hingegen die Skepsis, ob überhaupt eine Partei in der Lage ist, die anstehenden Probleme zu lösen. 2023 sagen 28 Prozent, dass keine Partei die Probleme lösen könne, 2018 lag der Anteil bei 22 Prozent. 2023 antworten 14 Prozent nicht auf die Frage. 2018 betrug der Anteil 19 Prozent.

Abbildung 3: Europapolitische Parteikompetenz



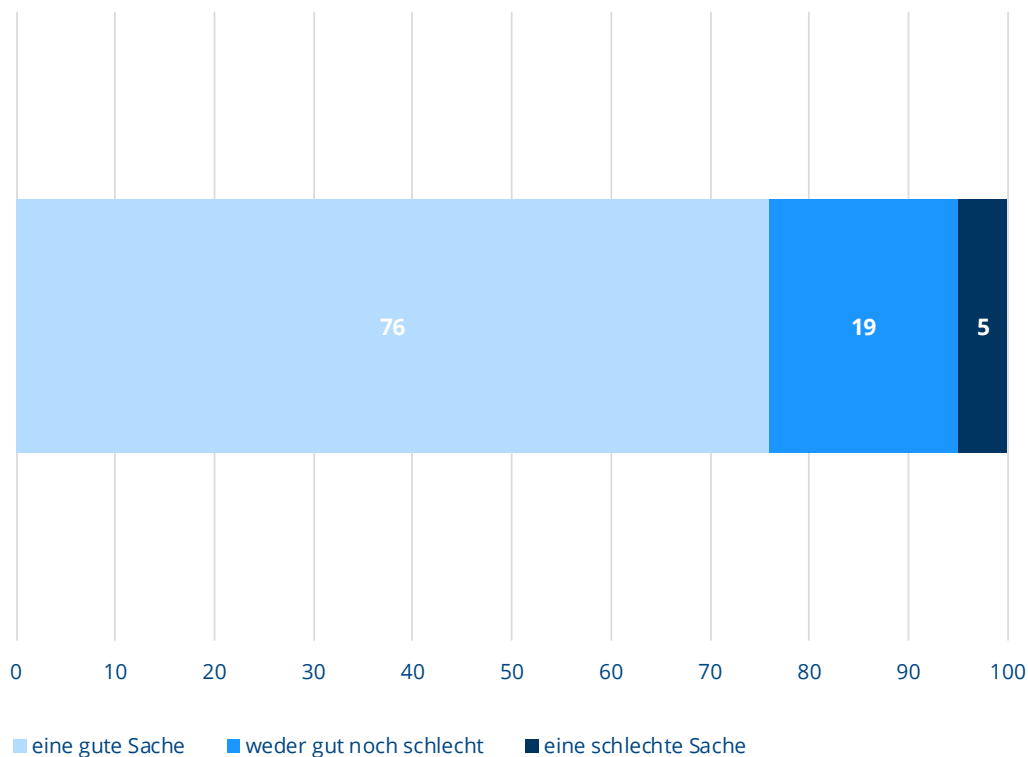
Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „andere Partei“.

Frage: „Welche deutsche Partei ist am ehesten geeignet, die anstehenden Probleme in Europa zu lösen?“

Europafreundliche Deutsche

Die Deutschen gelten traditionell als europafreundlich. Dies spiegelt sich in einer grundsätzlichen Unterstützung der EU wider. So sagen drei Viertel, dass die Mitgliedschaft in der EU eine gute Sache ist. Nur eine absolute Minderheit von 5 Prozent bewertet die deutsche Mitgliedschaft negativ.

Abbildung 4: Bewertung EU-Mitgliedschaft

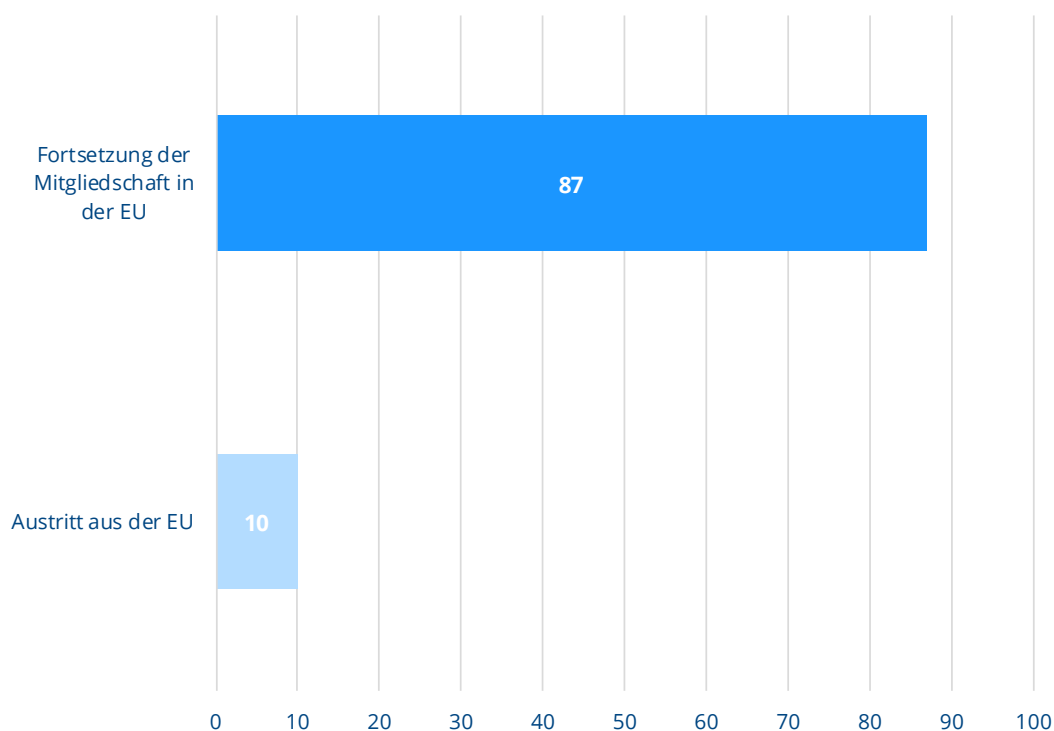


Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Allgemein gesehen, ist die Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union Ihrer Meinung nach ...?“ Antwortmöglichkeiten: „eine gute Sache“, „weder gut noch schlecht“, „eine schlechte Sache“

Ein Dexit, also der Austritt Deutschlands aus der EU, ist demnach auch kein Thema. 87 Prozent sprechen sich für die Fortsetzung der Mitgliedschaft Deutschlands in der EU aus. Gerade einmal 10 Prozent befürworten einen Austritt aus der EU. Und in ihrer proeuropäischen Grundstimmung sind sich die Anhängerinnen und Anhänger aller Parteien – ausgenommen die Anhängerschaft der AfD – einig. Jeweils über 90 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger der Union, SPD, Grünen, FDP und der Linken sprechen sich für die Fortsetzung der Mitgliedschaft aus. In der Frage der EU-Mitgliedschaft zeigt sich die Anhängerschaft der AfD gespalten. Eine knappe Mehrheit von 52 Prozent plädiert für den Verbleib. 42 Prozent sprechen sich hingegen für den Austritt aus der EU aus.

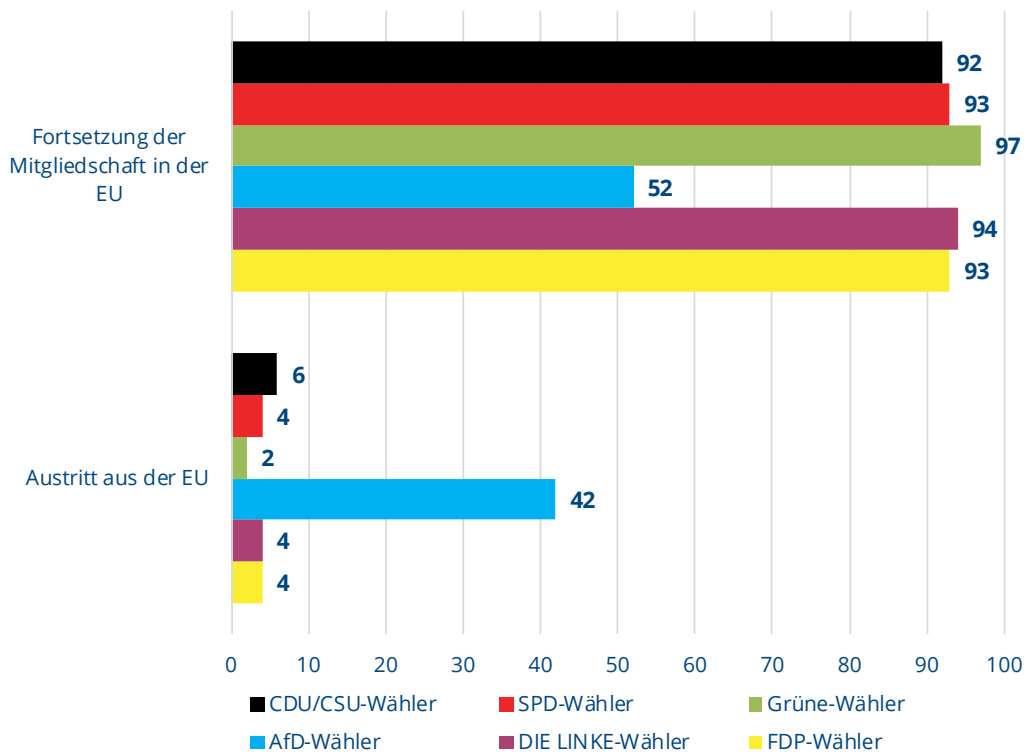
Abbildung 5: Fortsetzung der EU-Mitgliedschaft oder Austritt



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Würden Sie für die Fortsetzung der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union oder für einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union stimmen?“

Abbildung 6: Würden Sie für die Fortsetzung der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union oder für einen Austritt Deutschlands aus der Union stimmen? (nach Parteipräferenz)

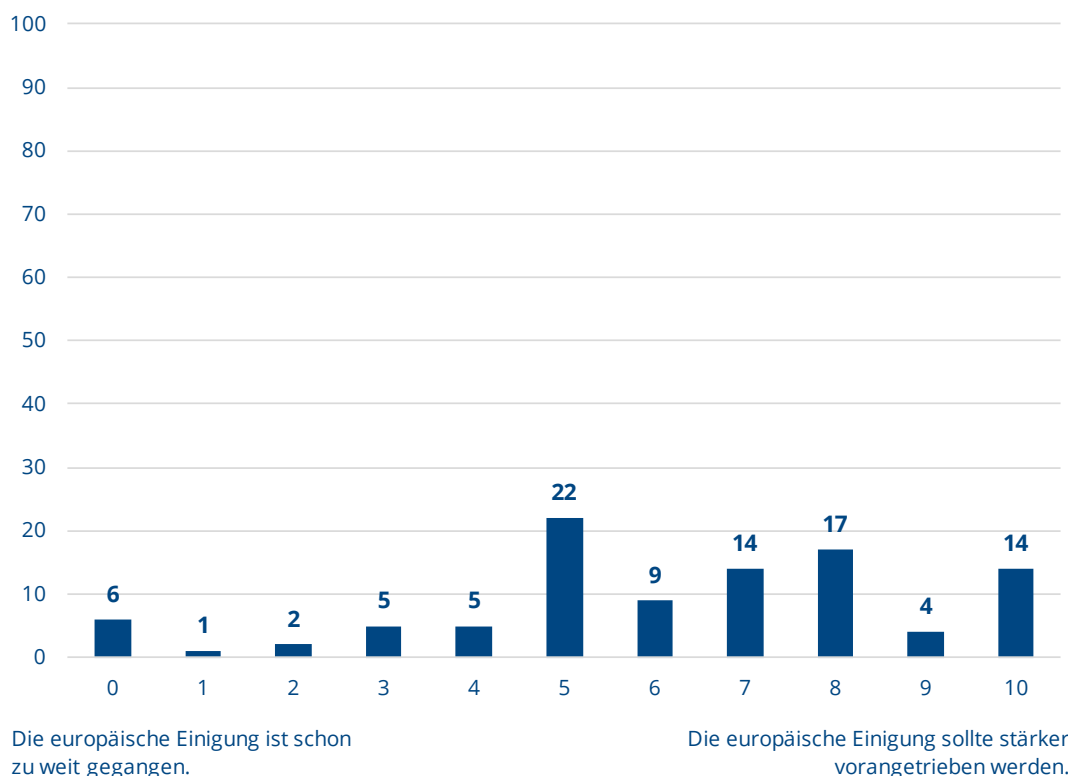


Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Würden Sie für die Fortsetzung der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union oder für einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union stimmen?“

Die Deutschen wünschen sich nicht nur den Verbleib in der EU, sie sind auch der Ansicht, dass die europäische Einigung stärker vorangetrieben werden sollte. Auf einer Skala von 0 bis 10 stimmen 35 Prozent der Aussage stark zu, dass die europäische Einigung stärker vorangetrieben werden sollte (Skalenwerte 8 bis 10). Weitere 23 Prozent stimmen etwas schwächer zu (Skalenwerte 6 bis 7) und 22 Prozent nehmen eine mittlere Position ein (Skalenwert 5). Die Anhängerschaft der Grünen spricht sich am stärksten dafür aus, dass die europäische Einigung weiter vorangetrieben werden soll. 56 Prozent der Anhängerinnen und Anhänger stimmen hier stark zu (Skalenwerte 8 bis 10). Am schwächsten wird diese Position innerhalb der Anhängerschaft der AfD bewertet, bei der sich 17 Prozent auf den Skalenwerten 8 bis 10 einordnen. In den Anhängerschaften der Union, SPD, FDP und der Linken nehmen jeweils über ein Drittel die Position ein, dass die Einigung stärker vorangetrieben werden sollte.

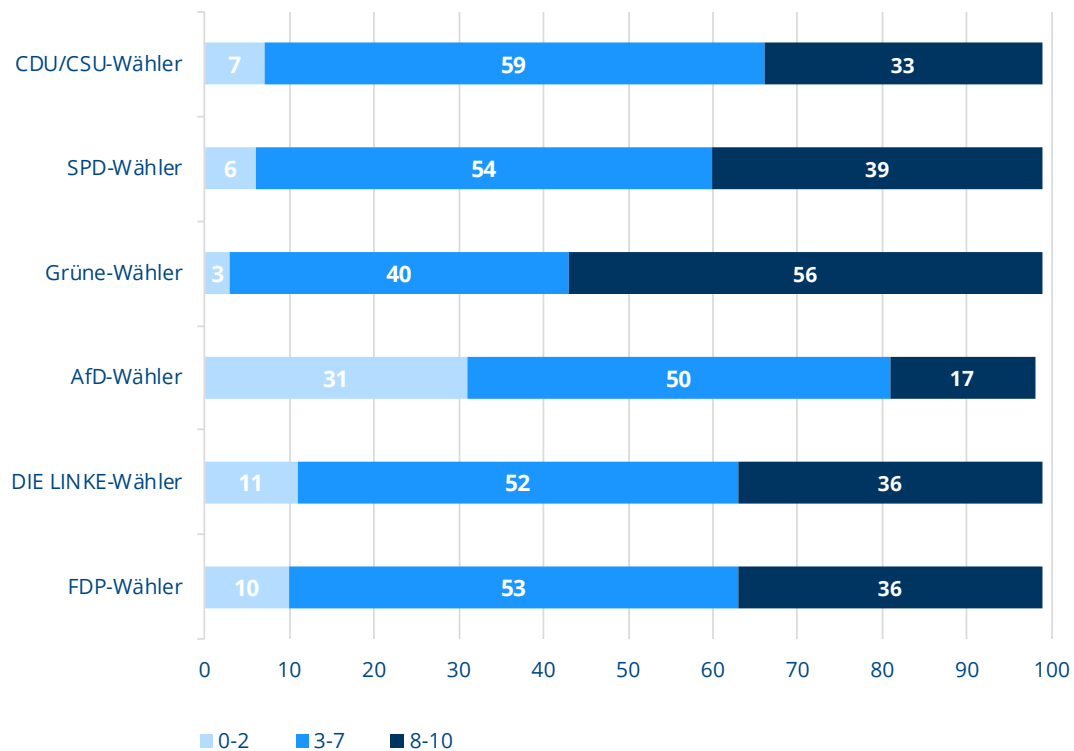
Abbildung 7: Gewünschte Entwicklung der europäischen Einigung



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Wie ist Ihre Ansicht zum Stand der europäischen Einigung?“ (Skala von „0 – Die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen“ bis „10 – Die europäische Einigung sollte stärker vorangetrieben werden“)

Abbildung 8: Gewünschte Entwicklung der europäischen Einigung nach Parteipräferenz



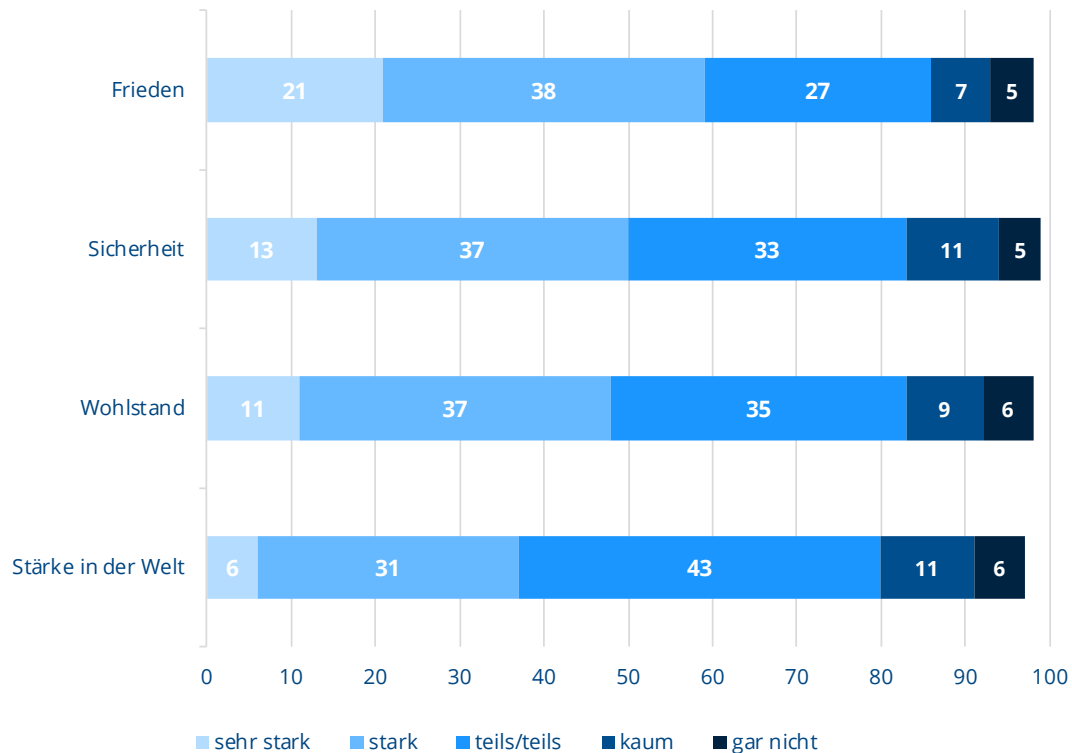
Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „weiß nicht/keine Angabe“.

Frage: „Wie ist Ihre Ansicht zum Stand der europäischen Einigung?“ (Skala von „0 – Die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen“ bis „10 – Die europäische Einigung sollte stärker vorangetrieben werden“) (nach Parteipräferenz)

Images der Europäischen Union

Die Grundwerte, die Europa nach dem Zweiten Weltkrieg prägten, sind auch heute noch präsent. In erster Linie sollte es den an der Europäischen Union beteiligten Ländern unmöglich sein, gegeneinander Krieg zu führen. Dazu sollte die wirtschaftliche und politische Integration beitragen. Auch heute prägen die Begriffe Frieden, Sicherheit und Wohlstand das Image der Union maßgeblich. Und diese Images bleiben im Zeitverlauf auch stabil.

Abbildung 9: Assoziationen mit der EU



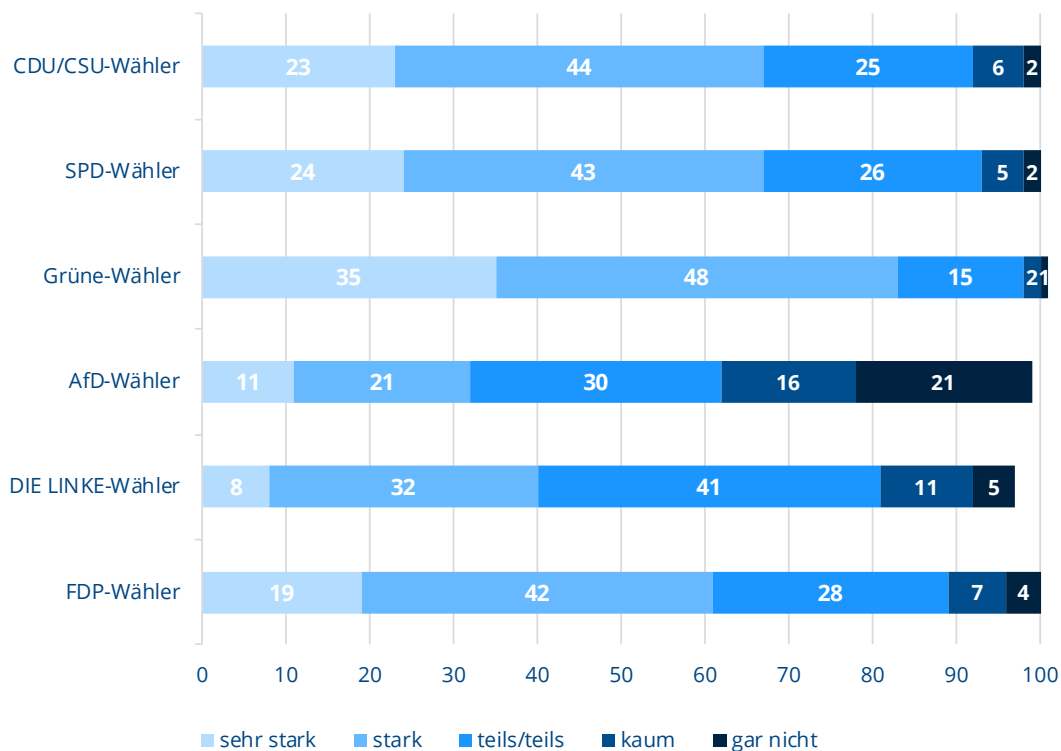
Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „keine Angabe“.

Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“

2023 bringen 59 Prozent der Befragten die EU sehr stark/stark mit Frieden in Verbindung. 2018 nannten 61 Prozent Frieden (Roose 2019). 50 Prozent assoziieren 2023 die EU mit Sicherheit. Der Referenzwert von 2018 beträgt 47 Prozent. 48 Prozent bringen 2023 die EU sehr stark/stark mit Wohlstand in Verbindung. 2018 waren dies 43 Prozent. Abgefallen ist lediglich die Assoziation mit Stärke in der Welt. Hier stimmen 2023 mit 37 Prozent sehr stark/stark zu. 2018 brachten noch 45 Prozent die EU mit Stärke in der Welt in Verbindung.

Alle Anhängerschaften – außer die Anhängerinnen und Anhänger der Linken und der AfD – verbinden die EU mehrheitlich mit Frieden. Dabei ist das Image der EU in den unterschiedlichen Anhängerschaften im Zeitverlauf sehr stabil. Lediglich bei der Linken sinkt der Anteil derer, die die EU mit Frieden in Verbindung bringen, von 61 Prozent 2018 (Roose 2019) auf 40 Prozent 2023. Bei der Union sagen 67 Prozent 2023, sie bringen die EU mit Frieden in Verbindung, 2018 lag der Anteil bei 69 Prozent. Bei der SPD sinkt der Anteil von 72 auf 67 Prozent. Bei den Grünen wächst der Anteil von 75 auf 83 Prozent an. Bei der FDP und der AfD bleiben die Anteile nahezu gleich. Bei der FDP ist ein Rückgang von 2 und bei der AfD von 3 Punkten zu verzeichnen (vgl. Roose 2019).

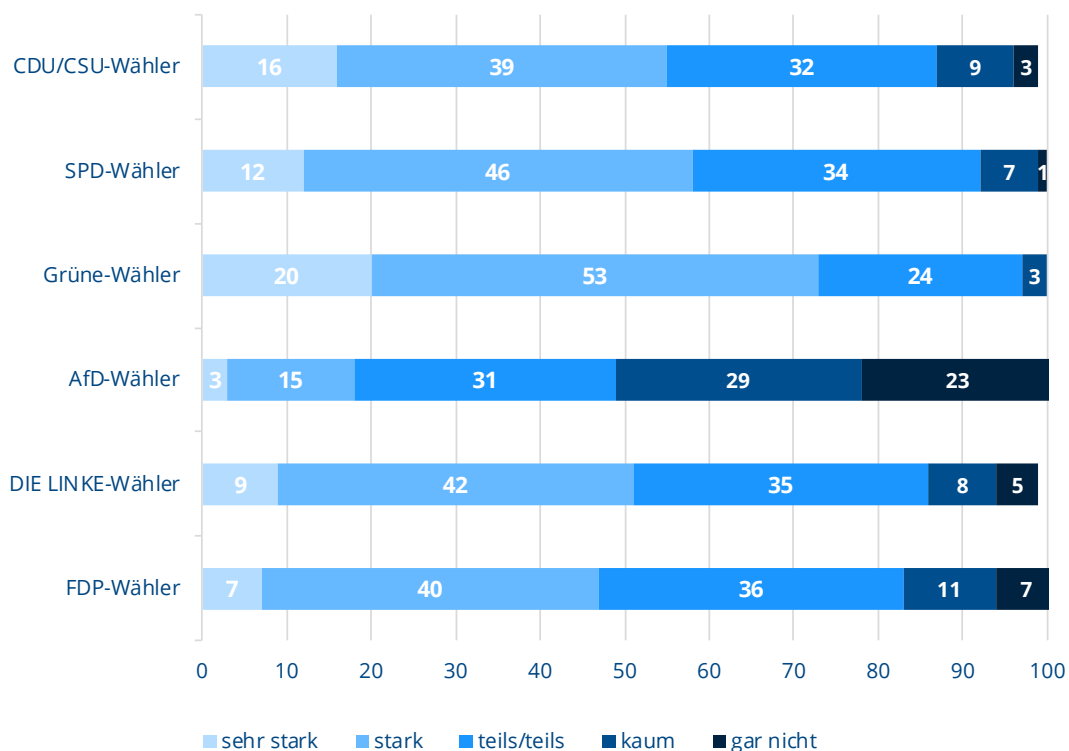
Abbildung 10: Assoziationen mit der EU: „Frieden“ – nach Parteipräferenz



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „keine Angabe“. Die Summe der Prozentwerte kann durch Rundungen von 100 abweichen. Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“ (Frieden)

Auch bei der Frage, ob die EU mit Sicherheit in Verbindung gebracht wird, genießt die EU bei den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen die größte Zustimmung (73 Prozent), gefolgt von den Anhängerinnen und Anhängern der SPD (58 Prozent) und der Union (55 Prozent). Zurückhaltender sind die Anhängerinnen und Anhänger der Linken, von denen 51 Prozent die EU mit Sicherheit in Verbindung bringen. Auch bei den Anhängerinnen und Anhängern der FDP sagt nur eine knappe Mehrheit von 47 Prozent, dass sie die EU mit Sicherheit in Verbindung bringt. Innerhalb der AfD-Anhängerschaft gibt es nur eine Minderheit von 18 Prozent, welche die EU mit Sicherheit assoziiert. Im Vergleich zu 2018 gibt es in der Anhängerschaft der Union (-1 Punkt), der SPD (+2 Punkte), der FDP (+3 Punkte), der Linken (+4 Punkte) und der AfD (+1 Punkt) nur minimale Änderungen. Lediglich bei den Grünen ist der Zuwachs deutlich (+16 Punkte) (vgl. Roose 2019).

Abbildung 11: Assoziationen mit der EU: „Sicherheit“ – nach Parteipräferenz

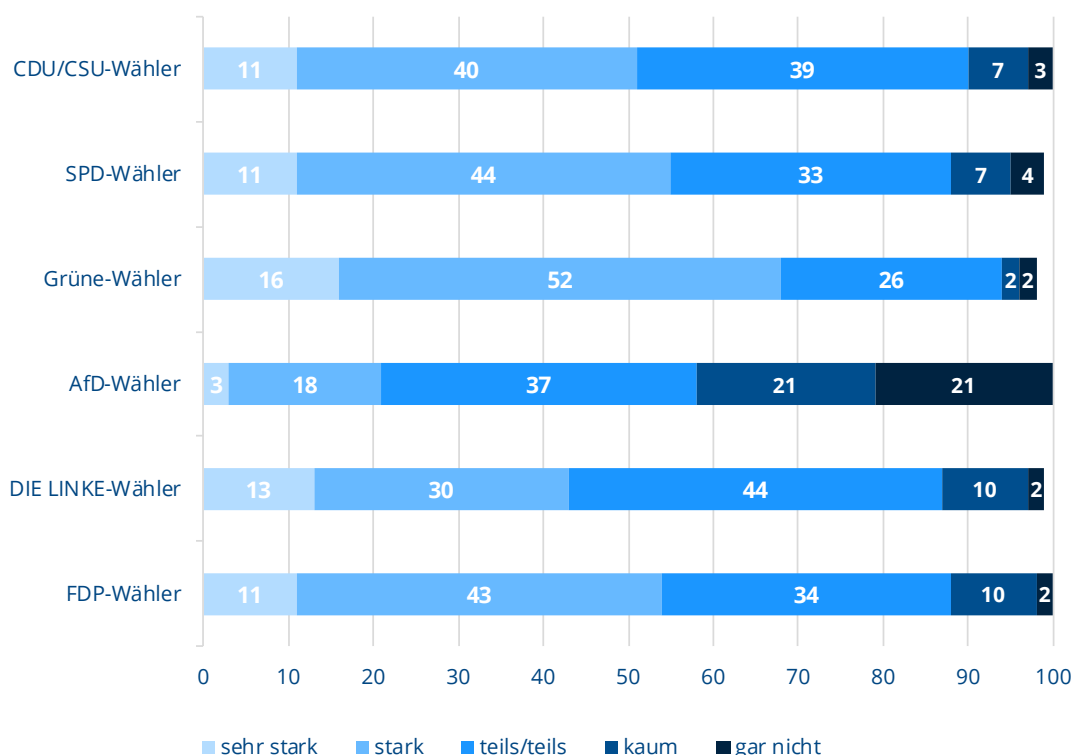


Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „keine Angabe“.

Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“ (Sicherheit)

Wohlstand ist ein Image, das mit der EU häufig in Verbindung gebracht wird. Hier ist das Muster der Zustimmung vergleichbar mit der Zustimmung zu Frieden und Sicherheit. Wieder sind die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen am stärksten davon überzeugt, dass die EU mit Wohlstand in Verbindung steht (68 Prozent, gegenüber 2018 +15 Punkte). Bei den Anhängerinnen und Anhängern der SPD sagen dies 55 Prozent (+1 Punkt) und von den Anhängerinnen und Anhängern der Union sagen dies 51 Prozent (+4 Punkte). Unter der Anhängerschaft der Liberalen wächst die Zustimmung auch erheblich von 38 auf 54 Prozent an. Und wie bei allen anderen europapolitischen Fragen ist Skepsis in den Reihen der AfD-Anhängerschaft zu finden. Hier verbinden 21 Prozent die EU mit Wohlstand (-3 Punkte) (vgl. Roose 2019).

Abbildung 12: Assoziationen mit der EU: „Wohlstand“ – nach Parteipräferenz

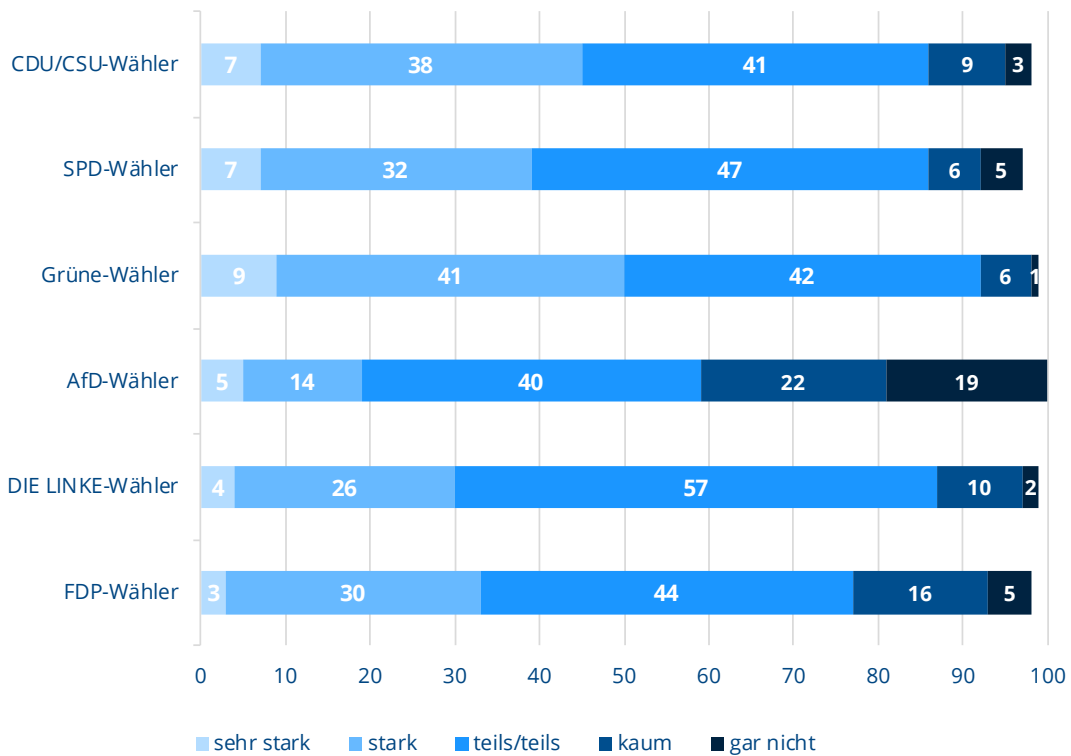


Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „keine Angabe“.

Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“ (Wohlstand)

Die Verbindung der EU mit Stärke in der Welt ist in allen Anhängerschaften rückläufig. Bei dem Image Stärke in der Welt können nur 19 Prozent der AfD-Anhängerinnen und Anhänger zustimmen (2018: -4 Punkte). Aber auch bei den Anhängerinnen und Anhängern der Linken (30 Prozent, -18 Punkte gegenüber 2018) und der FDP (33 Prozent; -7 Punkte gegenüber 2018) ist die Verbindung der EU mit Stärke in der Welt schwach verankert. Auch bei den Anhängerinnen und Anhängern der SPD verliert das Image an Bedeutung und sinkt von 51 auf 39 Prozent. Mit 45 Prozent 2023 ist auch innerhalb der Anhängerschaft der Union die Zustimmung rückläufig (-10 Punkte). Bei den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen sagt zwar die Hälfte, sie würden die EU mit Stärke in der Welt verbinden, aber auch hier geht die Zustimmung um 7 Punkte zurück (vgl. Roose 2019).

Abbildung 13: Assoziationen mit der EU: „Stärke in der Welt“ – nach Parteipräferenz



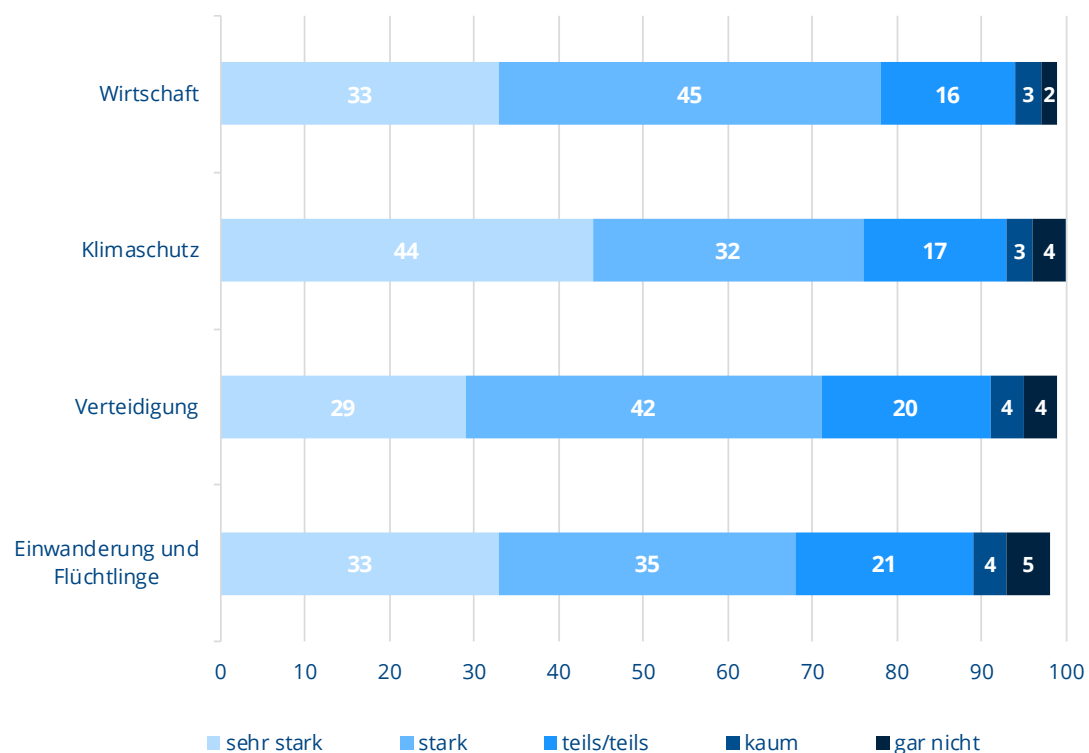
Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „keine Angabe“.

Frage: „Wie stark bringen Sie die Europäische Union mit folgenden Dingen in Verbindung?“ (Stärke in der Welt)

Die Aufgaben der Europäischen Union

Die Befragten sehen die Europäische Union als wichtigen Akteur bei politischen Themen. Nur eine absolute Minderheit von unter 10 Prozent ist der Ansicht, dass die EU sich nicht um die Themen Wirtschaft, Klimaschutz, Verteidigung sowie Einwanderung und Flüchtlinge kümmern sollte. Große Mehrheiten stimmen hingegen sehr stark/stark zu, dass sich die EU um diese politischen Probleme kümmern sollte. 78 Prozent sehen dies im Bereich Wirtschaft, 76 Prozent im Themenfeld Klimaschutz, 71 Prozent bei der Verteidigung und 68 Prozent im Themenbereich Einwanderung und Flüchtlinge.

Abbildung 14: Aufgaben der Europäischen Union

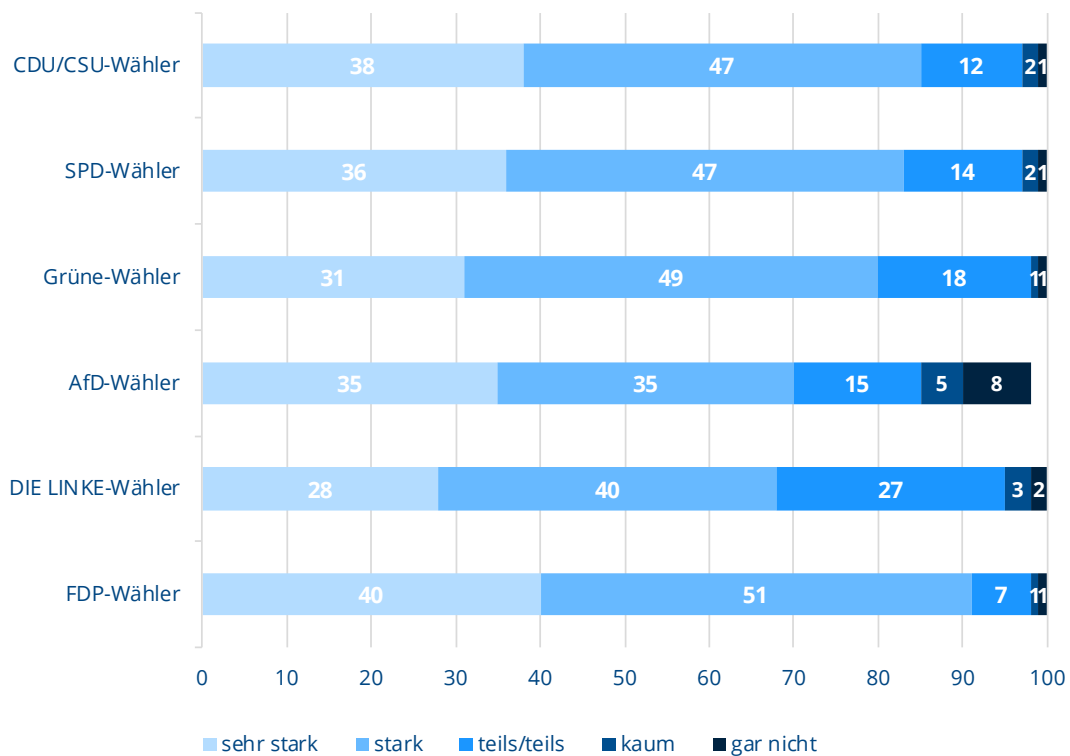


Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „keine Angabe“.

Frage: „Wie stark sollte sich die Europäische Union um die folgenden Themen kümmern?“

Innerhalb aller Anhängerschaften gibt es eine starke Zustimmung, dass sich die Europäische Union um das Themenfeld „Wirtschaft“ kümmern sollte. Überdurchschnittlich stark fällt die Zustimmung bei Anhängerinnen und Anhängern der FDP aus, unterdurchschnittlich stimmen die Anhängerinnen und Anhänger der Linken zu. Auch in der Anhängerschaft der AfD ist die Zurückhaltung gegenüber der EU in der Wirtschaftspolitik etwas zurückhaltender, aber auch hier ist die absolute Mehrheit von 70 Prozent der Ansicht, dass sich die EU um das Thema „Wirtschaft“ kümmern sollte.

Abbildung 15: Aufgaben der EU: „Wirtschaft“ - nach Parteipräferenz

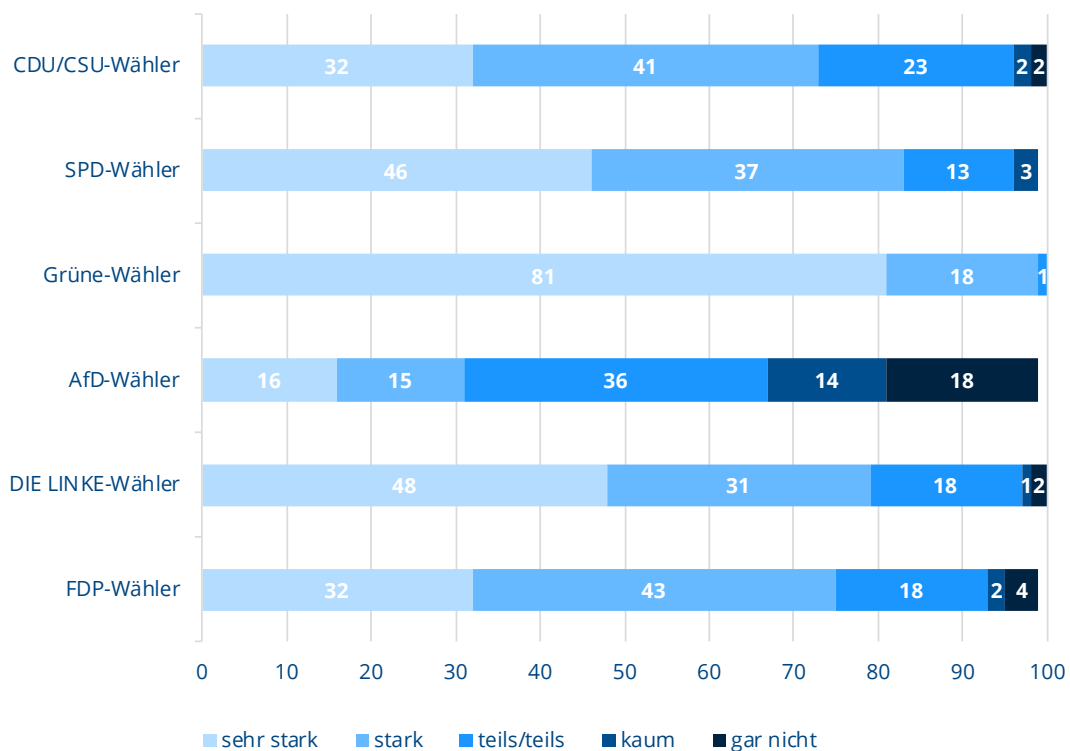


Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „keine Angabe“.

Frage: „Wie stark sollte sich die Europäische Union um die folgenden Themen kümmern?“ (Wirtschaft)

Alle Befragten – mit Ausnahme der AfD-Anhängerinnen und Anhänger – sind mit großen Mehrheiten der Ansicht, dass sich die EU sehr stark/stark um den Klimaschutz kümmern sollte. In der Frage, wie stark sich die EU um Klimaschutz kümmern sollte, weicht die AfD-Anhängerschaft besonders stark von der Einstellung aller anderen Anhängerschaften ab. Während nur absolute Minderheiten von maximal 6 Prozent der Ansicht sind, die EU sollte sich kaum/gar nicht um den Klimaschutz kümmern, sagen dies 32 Prozent der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger. Weitere 36 Prozent stimmen der Aussage „teils/teils“ zu. Auch in dieser Frage zeigen sich die stärksten Unterschiede zwischen den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen und der AfD. Innerhalb der Anhängerschaft der Grünen ist praktisch jede und jeder der Ansicht, dass sich die EU um Klimaschutz sehr stark (81 Prozent) bzw. stark (18 Prozent) kümmern sollte.

Abbildung 16: Aufgaben der EU: „Klimaschutz“ – nach Parteipräferenz

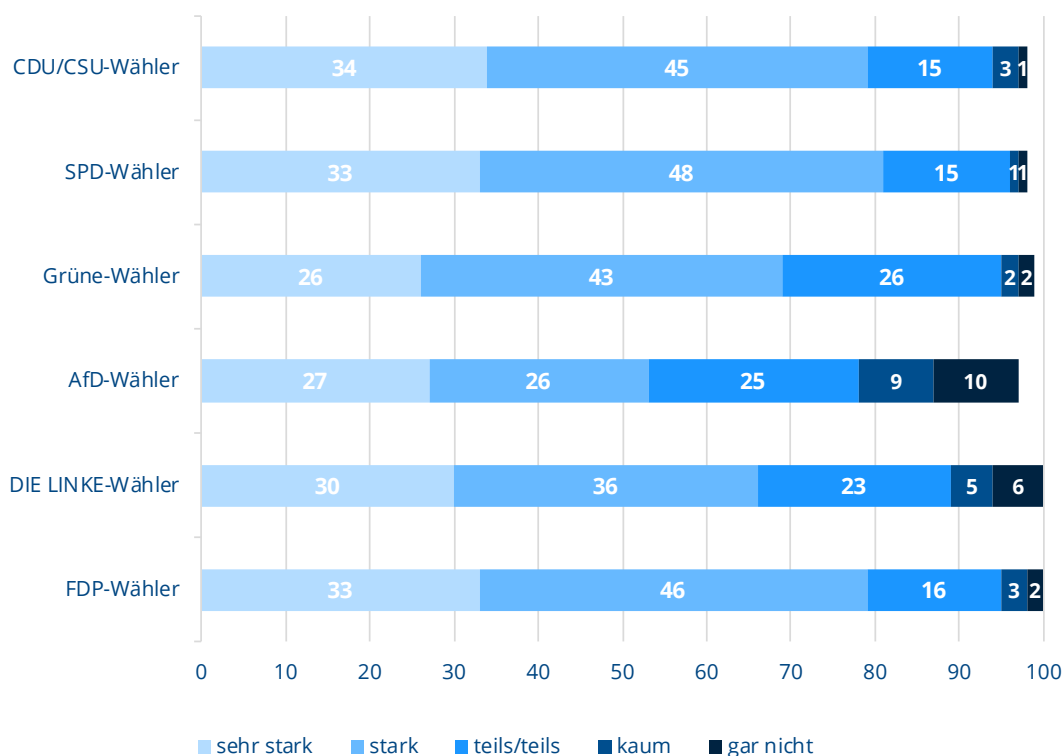


Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „keine Angabe“.

Frage: „Wie stark sollte sich die Europäische Union um die folgenden Themen kümmern?“ (Klimaschutz)

Vor allem die Anhängerinnen und Anhänger der SPD, der Union und der FDP sprechen sich dafür aus, dass die EU sich um Verteidigung kümmern sollte. Hier stimmen jeweils ca. drei Viertel zu. Etwas zurückhaltender zeigt sich die Anhängerschaft der Grünen, von denen 69 Prozent dieser Meinung sind. Von der Anhängerschaft der Linken wünschen 66 Prozent Aktivitäten der EU auch bei der Verteidigung und von den Anhängerinnen und Anhängern der AfD stimmen hier 53 Prozent zu.

Abbildung 17: Assoziationen mit der EU: „Verteidigung“ – nach Parteipräferenz

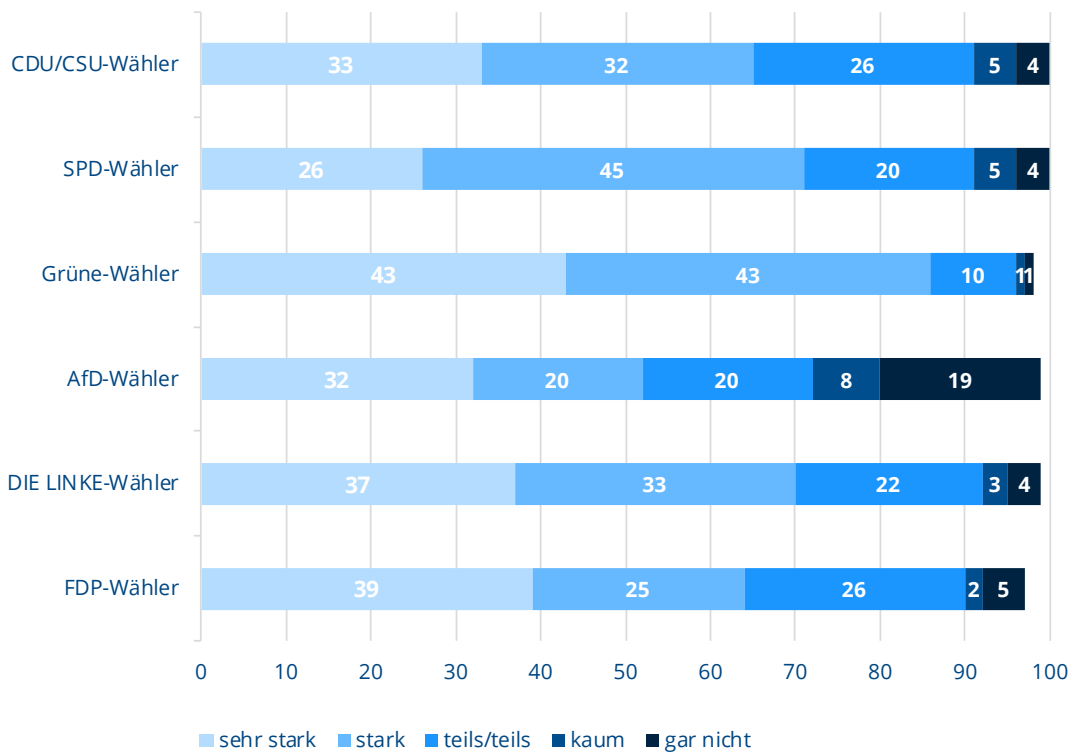


Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „keine Angabe“.

Frage: „Wie stark sollte sich die Europäische Union um die folgenden Themen kümmern?“ (Verteidigung)

Auch im Themenfeld Einwanderung und Flüchtlinge ist sich die absolute Mehrheit der Befragten einig, dass sich die EU sehr stark/stark um dieses Themenfeld kümmern sollte. Anhängerinnen und Anhänger der Grünen und der AfD unterscheiden sich wiederum am stärksten voneinander. Lediglich 2 Prozent der Grünen-Anhängerinnen und -Anhänger sind der Ansicht, die EU sollte sich kaum oder gar nicht um das Thema Einwanderung und Flüchtlinge kümmern. Von den Anhängerinnen und Anhängern der AfD sprechen sich 27 Prozent gegen ein Engagement der EU in der Frage der Zuwanderung aus. Allerdings sagt selbst unter der AfD-Anhängerschaft eine knappe Mehrheit, die EU soll sich sehr stark/stark um dieses Themenfeld kümmern.

Abbildung 18: Assoziationen mit der EU: „Einwanderung und Flüchtlinge“ – nach Parteipräferenz



Quelle: Umfrage 1048 der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023. Angaben in Prozent. Fehlende Werte zu 100 Prozent „keine Angabe“.

Frage: „Wie stark sollte sich die Europäische Union um die folgenden Themen kümmern?“
 (Einwanderung und Flüchtlinge)

Zusammenfassung

Die Deutschen sind nach wie vor sehr europafreundlich. Ein Dexit ist kein Thema, vielmehr ist sogar eine Mehrheit der Ansicht, dass die europäische Einigung weiter vorangetrieben werden sollte. Auch die Images der Union bleiben im Zeitverlauf recht stabil. Die EU wird vor allem mit Frieden, Sicherheit und Wohlstand in Verbindung gebracht.

Die Anhängerschaften der Grünen und der AfD unterscheiden sich besonders stark. Während vor allem die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen ausgesprochen europafreundlich eingestellt sind, zeigt sich innerhalb der AfD-Anhängerschaft Skepsis. Diese schlägt sich u.a. darin nieder, dass 42 Prozent einem Austritt Deutschlands aus der EU zustimmen würden. Aber selbst in der AfD-Anhängerschaft stimmt eine knappe Mehrheit von 52 Prozent dem Verbleib in der EU zu.

Die AfD-Anhängerinnen und Anhänger sind zwar deutlich europaskeptischer als Anhängerinnen und Anhänger aller anderen Parteien. Dennoch sind auch unter den AfD-Anhängerinnen und Anhängern Mehrheiten der Ansicht, dass sich die EU um die Themen Wirtschaft, Einwanderung und Flüchtlinge sowie Verteidigung kümmern sollte. Lediglich bei der Frage nach dem Klimaschutz sind die AfD-Anhängerinnen und Anhänger etwas zurückhaltender. Aber auch hier lehnt nur etwa ein Drittel das Engagement der EU ab.

Die Union liegt in der Europakompetenz vor allen anderen Parteien.

Literatur

- Häder, Sabine/Sand, Matthias, 2019: Telefonstichproben. In: Häder, Sabine/Häder, Michael/Schmich, Patrick (Hrsg.), 2019: Telefonumfragen in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS, S. 45–80.
- Kaeding, Michael/Müller, Manuel/Schmälder, Julia (Hrsg.), 2020: Die Europawahl 2019: Ringen um die Zukunft Europas. Wiesbaden: Springer VS.
- Neu, Viola/Pokorny, Sabine, 2021: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021 - Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage zu politischen Einstellungen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021 - Konrad-Adenauer-Stiftung (kas.de), (zuletzt abgerufen am 05.10.2023).
- Neu, Viola, 2021: Des Wählers Herz – Emotionale Parteienbewertung aus repräsentativen und qualitativen Umfragen. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: Des Wählers Herz - Konrad-Adenauer-Stiftung (kas.de), (zuletzt abgerufen am 05.10.2023).
- Neu, Viola, 2019: Die Europawahl in Deutschland am 26.05.2019. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: Die Europawahl in Deutschland am 26. Mai 2019 - Konrad-Adenauer-Stiftung (kas.de), (zuletzt abgerufen am 05.10.2023).
- Neu, Viola, 2014: Die Europawahl in Deutschland am 25.05.2014. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: Europawahl in Deutschland am 25. Mai 2014 - Konrad-Adenauer-Stiftung (kas.de), (zuletzt abgerufen am 05.10.2023).
- Neu, Viola, 2009: Die Europawahl am 07.06.2009 in Deutschland. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: Europawahl am 7. Juni 2009 in Deutschland - Konrad-Adenauer-Stiftung (kas.de), (zuletzt abgerufen am 05.10.2023).
- Neu, Viola, 2004: Die Europawahl am 13.06.2004. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: Die Europawahl am 13. Juni 2004 - Konrad-Adenauer-Stiftung (kas.de), (zuletzt abgerufen am 05.10.2023).
- Pokorny, Sabine/Roose, Jochen, 2020: Die Eignung von Umfragemethoden – Eine methodische Einschätzung, um die Qualität von Umfragen besser beurteilen zu können. Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung. Online unter: Die Eignung von Umfragemethoden – Konrad-Adenauer-Stiftung (kas.de), (zuletzt abgerufen am 05.10.2023).
- Roose, Joche, 2019: Union – Die Europapartei. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zu Werten Europas und europapolitischer Parteikompetenz. Analysen und Argumente Nr. 345/2019. Online unter: Union – Die Europapartei - Konrad-Adenauer-Stiftung (kas.de), (zuletzt abgerufen am 05.10.2023).

-
- ¹ USUMA gehört zu den führenden unabhängigen Meinungsforschungsinstituten Deutschlands. Zu den Kunden gehören u.a. das Robert Koch-Institut (RKI) und die sozialwissenschaftliche Forschung. USUMA steht für „Unabhängige Serviceeinrichtung für Umfragen, Methoden und Analysen“ und arbeitet seit 1990 als eingetragenes Markt- und Sozialforschungsinstitut nach anerkannten wissenschaftlichen Methoden. Der Sitz ist in Berlin (<https://www.usuma.com/>).

Impressum

Die Autorin

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin von Analyse und Beratung und leitet die Wahl- und Sozialforschung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung
Leiterin Wahl- und Sozialforschung

T +49 30 / 26 996-3506

viola.neu@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2023, Berlin

Gestaltung: yellow too, Pasiak Horntrich GbR

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).